

H. Nagold. Stuttgart. Nr. 402. Nagold. 1043. berg: 11 bis 12 Uhr. Teilnahme. Heterin. beben. jedem. en u. Lade. Hermann Knodel, Nagold. Vermittlung durch: idchen. und Zimmer. bei hohem Lohn. Handelsschule. a l w. starke. Rad. Rubwagen verkauft. Freitag (Markttag). Uhr. nupp, Schreiner, gatterdach.

Der Bejellschaffer

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Drauf und Dring von H. W. Boller (Herr Boller) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: H. Reilmann.

Nr. 155

Donnerstag den 7. Juli 1921

95. Jahrgang

Zur Wirtschaftspolitik der Schweiz.

Die Wirtschaftspolitik der Schweiz droht mehr und mehr sich zu einer kritischen Katastrophe zu entwickeln. In dem Drange sich zu helfen und zu retten, haben Regierung und Volk vor einem schweren Dilemma. Auf der einen Seite ist heute besonders in Handelskreisen eine fast allseitige Befürchtung entstanden: daß nur eine durchgehende Verbilligung der im Vergleich zu allen Nachbarländern hiesigen teuren Lebenshaltung der Schweiz die Wirtschaft des Landes zu retten vermöge; mit der Lebenshaltung würde die Produktion sich verbilligen und könnte auf dem Weltmarkt den Widerstand des hohen Preisenstandes eher überwinden. Auf der anderen Seite, in Regierungskreisen und Parlamenten, glaubt man die nationale Produktion auf zwei Wegen schützen zu sollen, durch einen erhöhten Zolltarif und durch Einfuhrbeschränkungen. Aber mit beiden Mitteln wird, wie jetzt schon zu spüren ist, die Lebenshaltung selbstredend nur empfindlich verteuert, und wenn diese aussozialen schmerzhaften Wendung der eidgenössischen Wirtschaftspolitik etwa im politischen Teil dieser und jener Zeitung verteidigt wird, so kommt es nun oft genug vor, daß man sie im Handelskreis oder in der Exportbevölkerung des Landes belächelt. Schweiz der Produktion und Verbilligung der Lebenshaltung scheinen in einem Lande mit hoher Valuta einflussreich sein zu können.

Der neue vorläufige Zolltarif der Schweiz, der am 1. Juli in Kraft trat, hat den Schutz der nationalen Arbeit zum Hauptzweck. Die statistischen Zölle seien daneben zurück, doch werden auch sie dazu beitragen, die Lebenshaltung zu verteuern, mögen dann auch für den Doppelzins der Getreide von nun an immer noch nur 60 (statt bisher 30) Rappen und auf Rogge 1 Franken für die Tonne erhoben werden. Zölle sind von 102 Gegenständen, die bis dahin einer vollen Einfuhrfreiheit erfreuten, nur ganze zwei noch geblieben (Sand, Stalldünger und Reisich); der Grundlag jede Einfuhr mit einer Abgabe zu beladen, ist also auch in der Schweiz jetzt durchgeführt und wird kaum wieder umgestoßen werden. Wenn im übrigen die Zölle durchschnittlich ungefähr verdoppelt worden wären, so läme das einer Kapazität des Zolltarifs an den heutigen Warenwert gleich und hätte wenig Widerspruch gefunden. Da aber die Zolltarife auf zahlreicheren Gegenständen, und nicht zuletzt für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, vererbt worden sind, der neue Zolltarif ist also nicht nur als ein Werkzeug industrieller, sondern zugleich landwirtschaftlicher Schutzpolitik zu erweisen, so bezweifelt er im Grunde selbst sehr gemischten Gelübde, und manche Kreise erblicken in ihm geradezu eine Verletzung der Bundesverfassung, nach deren Artikel 29 die Dinge des täglichen Lebensbedarfs ebenso wie die Rohstoffe, die das Land braucht, möglichst gering taxiert werden sollen.

Man hätte nun gehofft, die Zolltarifänderungen würden wenigstens die Mehrzahl der Einfuhrbeschränkungen, zu denen sich die Regierung im Laufe der letzten Monate von verschiedenen Interessengruppen hat drängen lassen, wieder überflüssig machen. Aber der Bundespräsident und gleichzeitige Vorkämpfer des Volkswirtschaftsdepartements hat in der erwähnten parlamentarischen Vorrede betont, daß die Zolltarifänderungen kaum gekannt werden, einen wesentlichen Teil der bestehenden Einfuhrbeschränkungen lassen zu lassen. Doppelte Schranken also, statt erhöhte Zölle und eine Beschränkung der Einfuhr, die, wie sie gehandelt wird, teilweise einem Einfuhrverbot gleichkommt, während den preisgleichenden Zollsatz ausländischer Konkurrenz vom Schweizer Marke ab. Da kann es nicht verwundern, daß j. B. ein einfacher guter Schuh in der Schweiz noch immer seine 50 bis 60 Franken, also etwa 700 Mark, kostet. Der Zoll auf Schuhe ist verdoppelt bis verdreifacht, die Einfuhrbeschränkung gilt für alle Größen, und überdies erhalten die Importeure eine Bewilligung zur Einfuhr fremder Schuhe nur, wenn sie zugleich eine, je nach dem Vorrat des Inlandmarktes festzusetzende Menge Schweizer Schuhe kaufen. Wie soll unter solchen Umständen ein Preisabbau zustande kommen? Sein Verprechen, die durch Einfuhrverbote geschützten Industrien und Handelskreise zur Senkung ihrer Preise zu nötigen, hat der Bundesrat, wie vorausgesehen war, nur in sehr beschränkter Maße erfüllen können, die Zwischenhändler halten sich wie kaum sonst irgendwo an ihren Preisgeheimnissen fest, das Fleisch etwa kostet immer noch 6 bis 7 Franken, obgleich die Viehpreise um über 50 Prozent zurückgegangen sind, u. nicht genug damit, werden Eier noch mit Höchstmaß erhöhter Zoll belegt, damit die Leute statt der billigen ausländischen Eier mehr teures inländisches Fleisch essen. Ein Lohnabbau, eine Angleichung der Produktionsbedingungen an die der Nachbarländer, dieht so ein Ding der Unmöglichkeit. Wie soll werden unter dem Joch billiger Auslandswaren einige, nur für den Inlandmarkt arbeitende Industrien aufbehalten kommen, aber soweit diese nicht bodenständig, womöglich nur dank der Kriegskonjunktur emporgeschossen sind, werden sie, wie überall, früher oder später doch eingestürzt werden müssen. Mindestens zwei Drittel des Schweizer Volkes leben von der Export- und Fremdenindustrie, und ihnen durch energische Verbilligung der Lebenshaltung und der Produktion wieder den Weltmarkt zu öffnen, zugleich die Schweiz wieder den Fremden zugänglich zu machen, wäre wohl wünschenswerter, als

ängstlich durch alle möglichen protektionistischen Maßnahmen alle und jeden vergeblich zu „schützen“ zu suchen. Die Zolltarifänderung über die Einfuhrbeschränkungen hat denn im Nationalrat auch nur die nicht gerade imposante Mehrheit von 74 gegen 55 Stimmen gefunden.

Auf einigermassen befremdende Weise werden nun die Einfuhrverbote seit kurzem wieder durchlässiger, zum Schaden der Schweiz (wenn diese überhaupt einen Nutzen von ihnen hat) und zum Schaden Deutschlands vor allem. Leder und Schuhe, Automobile und Reiseartikel bedürfen zwar für alle Grenzen einer Einfuhrbewilligung, und man kann sich vorstellen, wie viele Automobile etwa noch ins Land gelassen werden, wenn über die betreffenden Einfuhrgebühren ein — Automobilfabrikant zu befinden hat. Für die meisten der verbotenen Auslandswaren aber sind die Importeure von der Pflicht zur Einreichung von Einfuhrgebühren entbunden, so weit die Erzeugnisse über die schweizerisch-französische und italienische Grenze herkommen. Für Deutschland und Oesterreich also besteht beispielsweise das Papiereinfuhrverbot fort, aus Frankreich und Italien kommt Papier unbeschränkt über die Grenze. Man gibt an, weil die Einfuhr aus diesen Ländern das Normalmaß der Freiheit nicht übersteigere. Aber die italienische Valuta ist doch auch für Frankreich und besonders für Italien ein Anreiz zur Ausfuhr, und Deutschland wird auch die normale Einfuhr der früheren Jahre nicht bewilligt, sondern höchstens die Hälfte, oft nur ein Fünftel. Dazu müssen dann die Importeure noch das entsprechende Quantum schweizerische Waren kaufen, während es keine Einfuhrbewilligung bedarf, natürlich auch diese bedingte Bedingung misfällt den Einfuhrgebühren, die zwar erniedrigt wurden, hinsichtlich sich. Hier liegt offenbar eine Benachteiligung der Mittelmächte gegenüber den Alliierten vor, zu der sich, möchten wir annehmen, die Schweiz nicht ganz freiwillig entschlossen hat, und in der besonderen deutsch-schweizerischen Kommission, die gelegentlich der jüngsten Völkerbundkonferenz mit der Prüfung der Frage der beiderseitigen Einfuhrverbote betraut worden ist, hätte es, wie uns scheinen will, den deutschen Vertretern kaum verweigert werden, wenn sie sich die Frage erlaubten, ob die im Prinzip gewissenhaft getriebene wirtschaftliche Neutralität der Völkerbundkonferenz auch weiterhin Bestand haben soll. Und auf noch eines sollte in dieser Kommission hingewiesen werden: welche Volkschancen in der Schweiz, große Bank und Handelskassen sind mit dem Schicksal der deutschen Mark eng verknüpft. Wenn man, abgesehen vom erhöhten Zolltarif, durch Einfuhrbeschränkungen, die noch dazu einseitig zum Schaden Deutschlands gehandelt werden, die deutsche Ausfuhr mehr und mehr unterbindet, so trägt man nicht wenig dazu bei, was doch nach jeder Richtung das Interesse der Schweiz wäre, den Kurs der Reichsmark zu stützen und zu stärken.

Kleine politische Nachrichten

Samid.

In den Kämpfen zwischen den Türken und den Griechen wurde letzter Tage anlässlich des erfolgreichen Vordringens der Türken die Stadt Samid genannt. Samid (Samsid, Samid) ist die Hauptstadt eines alttürkischen selbständigen Sandschaks (Regierungsbezirk). Die 25000 Einwohner zählende Stadt, das alte Nymphaea, liegt reizvoll in inneren Winkel des gleichnamigen Busses vom Marmarameer und an der anatolischen Bahnhöhe. Der Hafen ist für die größten Schiffe zugänglich, wird aber meist nur von kleinen Korakern besucht, die Baumwolle, Seide, Oliven u. a. von Samid holen. Die großen Dampfer landen in Dardanel, das 1 Stunde von Samid entfernt ist. Dort sind große Getreidelagerhäuser errichtet. Unter den Schiffen waren immer auch deutsche. Unter den Einwohnern sind viele Christen. In Samid haben ein griechischer Metropolit und ein armenischer Erzbischof ihren Sitz. Durch Samid führte einst die Seidenstraße; heute geht hier die anatolische Eisenbahn nach Konstantinopel durch. Die Römer hatten auch hier sich festgesetzt. Am Meer sind noch Mauerreste mit Gewölben und Pfeilern aus der römischen, sogar aus der vorangegangenen byzantinischen Zeit zu finden. Von der ehemaligen Prachtstadt verschwinden aber die Reste immer mehr, da man die Steine zur Bedeckung der Gräber und Friedhöfen an Gebäuden verwendet. Bei Samid steigen die Höhen bis 600 Mtr. an und weiter nach Osten werden sie noch bedeutend höher, z. T. in schroffen Erhebungen. Die Aussicht von den oberen Stadteilen mit den Resten der Akropolis wird als überaus reizvoll geschätzt. Den schmalen, fruchtbaren Küstenstreifen nennen Reisende die anatolische Riviera.

70 Millionen Arbeitstage verloren.

London, 6. Juli. Noc Ramona erklärte im Unterhaus, daß während des Kohlenarbeiterstreiks etwa 70 Millionen Arbeitstage verloren gegangen sind. Die der Staatsschiffe im Zusammenhang mit dem Streik der Bergleute entstandenen Ausgaben stellen sich wie folgt: für Verteidigungskriegsflotte und die Einberufung der Reserve 7 Millionen Pfund Sterling, Ausgaben für die Flotte 1225000 Pfund Sterling, Luftstreitkräfte 330000 Pfund Sterling, für die Technische Rohstoffe 300000 Pfund Sterling und endlich Bekleiner der Regierung für die Bergleute 10 Millionen Pfund Sterling.

Vertrauensvotum für Lloyd George.

London, 6. Juli. „Daily Mail“ meldet: Die britische Reichstagskonferenz hat vor ihrer Schließung dem englischen Kabinett ihr Vertrauen votiert, die bisherigen Maßnahmen zur Ausführung der Friedensverträge gebilligt und zugestimmt, daß die englische Flotte innerhalb der nächsten zwei Jahre um 50 Einheiten vermehrt wird unter Verteilung der Kosten auf das britische Gesamtvermögen.

Günstige Aussichten auf den Frieden in Irland.

London, 6. Juli. Die Konferenz zwischen Devalera und den irischen Unionistenführern hat im Stadthaus stattgefunden und ist nach 3 1/2stündiger Dauer auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt worden, nachdem über gewisse Punkte eine Einigung erzielt worden ist. In Dublin herrschte große Erregung. Das Stadthaus war schon in den frühen Morgenstunden von großen Menschenmengen umlagert, doch wurde die Ruhe nirgends gebrochen. Einige Zeitungen haben gemeldet, daß General Smuts am vergangenen Montag in Dublin gewesen und daß er weitergefahren sei, um mit Sir James Craig zu sprechen, den er von dem Entschluß, Devalera nicht zu begegnen, abbringen wolle. Depesch aus Irland besagen, daß die Hoffnungen auf Frieden mit jeder Stunde zunehmen.

Die neue italienische Regierung.

Der neue italienische Minister des Auswärtigen, bella Torretta, ein aus etablierter Familie stammender Sicilianer von 48 Jahren, ist ein gründlicher Kenner Osteuropas. Er war zehn Jahre lang Votschaftsattaché in Petersburg und war auch nach Friedensschluss für Petersburg bestimmt, konnte den Posten aber wegen der Revolution nicht antreten. Als früherer Münchener Konsul kennt er auch Reichsdeutschland. Die heroischeren Tat Torrettas auf seinem Wiener Posten war, daß er die Kammerleins am 1. April 1920 veranlaßte, die den Plan der Schaffung eines christlich-bürgerlich-österreichischen Staates verteilte. Der außerpolitische Kurs der neuen Regierung wird durch härtere Absipolitik mit dem doppelten Ziel der Angleichung von Porto Baros an den Plims Staat und der Durchsetzung einer Volksabstimmung in Montenegro charakterisiert. Das dürfte auch auf die allgemeine Europapolitik zurückzuführen, obwohl das offizielle Programm kaum eine Kursänderung enthalten dürfte.

Die Aussichten des Kabinetts Bonomi.

Die Presse anerkennt allgemein, daß Bonomi sein Koalitionskabinet sehr geschickt zusammengestellt hat. Die Regierungsparteien der Linken sind sehr gut im Ministerium vertreten, da sie nicht Parteizweckes tun haben. — Der „Secolo“ schreibt: Bonomi ist ein klarer Kopf und versteht es, die Frage durch sein Handeln zu vereinfachen. Nachdem er sich in den W. Konventionen hervorgetan hatte, trat er zur Journalistik über. Bonomi war einer der eifrigsten Befürworter des Eintretens Italiens in den Krieg. Marquis della Torretta, der zuerst in Paris weilte, wo er Italien bei den Verhandlungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs vertrat, wird erst in einigen Tagen nach Italien abreisen.

In einigen Blättern spiegelt sich aber doch das Misstrauen einzelner Kammergruppen wieder. So glauben katholische Blätter, daß das Kabinet nicht über eine große Mehrheit verfügen werde. Der „Avanti“ macht den Vorwurf, daß Bonomi reaktionäre Minister sich als Mitarbeiter ausgerechnet habe und „Corriere della Sera“ verurteilt die aus gänzlich Verleugnung der internationalen Lage heraus entspringende Hitze der Rationalisten. Vor allem wird von dem Kabinet verlangt, daß die Staatsautorität wieder hergestellt und daß die Finanzen in Ordnung gebracht würden.

Disziplinlosigkeit französischer Truppen.

Darmstadt, 6. Juli. Bei dem Rücktransport der französischen Mannschaften des Jahrganges 1919 nach Frankreich sind, wie früher gemeldet wurde, ungläubige Ausschreitungen vorgekommen. Die Leute sind völlig disziplinlos und hören weder auf Befehle, noch auf Zureden. Die Offiziere geben selbst zu, daß sie machtlos sind und die Behörden umschalten sind nicht imstande, die Autorität herzustellen.

Rathenau über die Kriegsschuldigenleistung.

Darmstadt, 6. Juli. Minister Rathenau sagte in seiner hier gehaltenen Rede u. a. folgendes aus: Wir wissen, daß Deutschland kein Land des Goldes ist und auch kein Land der Rohstoffe, mit Ausnahme des Kohlenvorrats, den es für eigene Bedürfnisse braucht. Wir können nur zahlen mit der Arbeit unserer Hände und unserer Geistes, und wir werden es redlich tun. Die Ausfuhr, die erforderlich ist, erreicht den Betrag von 10 Milliarden. Ein solcher Betrag ist nahezu so groß, wie unsere ganze Friedensausfuhr gewesen ist; und ein solcher Betrag kann nicht auf die Märkte gelegt werden, ohne daß dadurch schwere Wutungen ausgeübt werden bei allen Nationen der Erde. Zweifellos hat man Bedenken gespürt, was geschehen würde, wenn die Märkte der Erde mit deutschen Waren in diesem Umfang belastet werden würden. Und so hat man den Jubel gefunden. Es ist zu hoffen, daß der große Staat jenseits des Ozeans, mit dem uns seit vorgerstern ein hoffentlich ewiger Friede verbindet, erkennen

Verantwortliche Leitung: H. Reilmann. — Redaktionen sind täglich von 11 bis 12 Uhr. Telegramm-Adresse: Bejellschaffer Nagold. Postfachnummer Stuttgart 5115.



wird, daß die Zustände Europas nicht geheilt werden können, wenn ein Kompromiß von der Riesenmacht Amerika fernbleibt. Verhehlen dürfen wir uns nicht, daß Deutschland schweren und harten Jahren nachgeht. Nur wenn wir erkennen, daß die Dinge, die uns auferlegt sind, ein großes Land erfordern und ein ganzes Volk, sind wir imstande, die Finanzen zu tragen, die uns auferlegt sind. Dann aber werden wir sie tragen. Wenn aber Deutschland sich gewachsen zeigt, hat diese Lastkraft zu tragen, dann kann Deutschland das Haupt erheben unter den Völkern, denn es hat den Wiederanbau der Welt geschaffen. Das bedeutet eine harte und große Mission unter den Völkern, die uns trösten wird in den Zeiten, die da kommen.

Die deutschen Aufmarschpläne sollen ausgeliefert werden.

Paris, 6. Juli. „Echo de Paris“ meldet, daß die Alliierten die Forderung auf Auslieferung sämtlicher Aufmarschpläne des deutschen Generalstabs an Deutschland gestellt hätten und daß dieser Forderung seitens der deutschen Regierung bereits zugestimmt worden ist.

Die schwarze Schmach und das Ausland.

Die französische Propaganda arbeitet mit Hochdruck, um zu verhindern, daß das Ausland über die schwarze Schmach unterrichtet werde. Das ist ihr bisher gelungen, weil die ausländische Presse, von einigen Ausnahmen abgesehen, uns verschließen war und unsere Volksgenossen und Freunde im Ausland nicht in der Lage waren, dem entgegenzutreten. Es fehlte ihnen das nötige Material. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat die Abwehrstelle des Deutschen Reiches e. V., Sitz Hamburg, Notizen in verschiedenen Sprachen herausgebracht und stellt sie all denen inemigentlich zur Verfügung, die an der Aufklärung des Auslandes mitwirken und ihre Bekannten mit Material versorgen wollen. Bei Bestellung anschiebe man: „Deutscher Fichte-Bund e. V., Hamburg 37.“

Der Scheiternskampf der Insurgenten beendet.

Oppeln, 6. Juli. Die „Oppelner Zeitung“ meldet: Die letzte Operation ist am Dienstag von den Insurgenten verlassen worden. Seit dem frühen Morgen ist ganz Oberschlesien wieder in der Gewalt der alliierten Truppen.

Vom Reichstag.

Berlin, 6. Juli. Der Reichstag gab dem Gesetzentwurf über das Einkommen aus Arbeitslohn, dem Gesetzentwurf betr. Errichtung eines Staatsgerichtshofes, sowie einem Gesetzentwurf, wonach die Frist zur Anmeldung von Forderungen im Konkursverfahren bis 15. September 1921 verlängert wird, seine Zustimmung. Dem Gesetzentwurf betr. die Besoldung der Reichsbeamten wurde zugestimmt, desgleichen dem Entwurf eines Kulturvertrages. Dem Vorschlag der Reichsregierung über den Ertrag der Mehrkosten, welche den Ländern aus Anlaß der Erhöhung der Anrechnungssätze für ihre Beamten usw. erwachsen, wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß die den Ländern aus Grund ihrer Anmeldungen zu erhaltenden Beträge um 10 Prozent gekürzt werden können, da ja den Ländern durch das erhöhte Einkommen ihrer Beamten auch ein erhöhter Anteil an der Reichseinkommensteuer zuzuführen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juli. Der Reichstag hielt heute eine Dauer Sitzung ab, die sich von 11 Uhr vorm. bis 1/10 Uhr abends hinzog. In rascher Folge wurden zunächst einige Vorlagen einkindlich verabschiedet, darunter der Gesetzentwurf betr. die Neuordnung der im Handelsrecht und in der Gewerbeordnung bei der Regelung des Dienstverhältnisses der Handlungsgehilfen und technischen Angehörigen vorgesehenen Gehaltsgrenzen. Der Gesetzentwurf über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung wird nach den Anträgen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen mit einem demokratischen Zusatzantrag, wonach Kriegsteilnehmern die Kriegsdienstzeit in Lohnklasse 2 angerechnet werden soll. Einkindlich angenommen wurde fer-

ner der Gesetzentwurf betr. die Neuordnung der Gebühren der Rechtsanwaltschaft und Gerichtssoziallehre. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge beachtet die Unabhängigen Anträge ein, die über die des Ausschusses, der die Beträge an sich schon aufgebessert hat, hinaufgehen und zwar verlangen sie eine Aufhebung der Schwankungen in Höhe des Grundlohns, mindestens aber 10 Mark täglich, für 8 Wochen vor der Einbindung, ferner eine Wochenunterstützung für 12 anstatt für 10 Wochen. Nach längerer Debatte, in der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen hatte, die die unabhängigen Anträge mit sich brächten, gleichzeitig aber den Ausschuss der Wochenhilfe für notwendig erklärt hatte, wurde der Entwurf angenommen und die unabhängigen Anträge dem Sozialen Ausschuss zur Vorbereitung für die morgige 3. Lesung übergeben. Die Abstimmung über das Gelingen von den Kommunisten gegen den Reichsjustizminister in der Angelegenheit Jupp eingeleitete Mißtrauensvotum ergab dessen Ablehnung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten. Nach Annahme des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Beihilfen an Rentempfänger aus der Angestelltenversicherung wurde die Weiterberatung abgebrochen, um dem Reichsanwalt Dr. Wirth Gelegenheit zu geben, in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister zum Nachtragetat des Haushaltsplans für 1921 zu sprechen. Er gab zunächst einen Überblick über die unheilvolle Entwicklung, die die Finanzlage des Reichs infolge der finanziellen Liquidation des Weltkriegs in Verbindung mit der Geldentwertung genommen hat, da das Reich eine große Schuldvermehrung hätte vornehmen müssen. Der ordentliche Haushalt weise 48 1/2 Milliarden Ausgaben auf, der außerordentliche 59 Milliarden. Der letztere müsse so rasch wie möglich abgebaut werden. Nach Erklärung der einzelnen in die Milliarden gehenden Postitionen betonte er, daß jede Finanz- und Steuerpolitik wäre aber unmöglich, wenn die deutsche Mark dauernd dem Abgrund zuströme. Die Reparationsleistungen seien gegenwärtig mit 3,3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Eine Herabsetzung der Besetzungskosten auf erträgliche Höhe müsse angestrebt werden. Das grundsätzliche Ziel müsse sein, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen zu decken seien und dafür seien neue Steuern notwendig. Dabei müßten auch die indirekten Steuern systematisch ausgebaut werden, um ein Gleichgewicht zwischen direkter und indirekter Besteuerung herbeizuführen. Aus der neuen Einkommensteuer müßten möglichst hohe Erträge herausgemittelt werden, was durch Verbesserung der Steuerermäßigung und der Kontrolle möglich sei. Neben dem Ausbau anderer Steuerarten sei an die Erhebung des Reichsnotopfers gedacht, um auf diese Weise eine sachgemäße Besteuerung der Realwerte zu erzielen, da die Befreiung solcher Werte nicht soweit befristet sein, wie die Befreiung von Papierwerten. Zu diesem Zweck müsse ein beweglicher Faktor geschaffen werden, der der Geldentwertung Rechnung trage und eine ungleichmäßige Behandlung ausschließe. Bei vorläufiger Schätzung dürfe man hiervon jährlich 7-8 Milliarden erwarten. Das vor einigen Monaten aufgetauchte Problem der Beteiligung öffentlicher Körperschaften, insbesondere des Reichs, an der Industrie, werde zur Zeit geprüft, zunächst der Teil, der die Beteiligung an größeren Unternehmungen vorziehe. (Schluß folgt.)

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, 7. Juli 1921

* Gemeinderatsitzung. Bei Beginn der Sitzung fand außer dem Vorsitzenden, Stadtschultheiß Mater, 15 Mitglieder des Gemeinderats anwesend. Einem Bericht vom Fortschritt der Arbeiten im Stadtwald nach größerer Menge Sammelholz. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Eigentümer daselbst vor Beginn des neuen Holzschlags, spätestens bis 30. September abzurufen haben müssen, widrigenfalls sie mit einer Vertragsstrafe von 20 M belegt werden. — Eine Stellvertreterin des Dr. Hinner in der Stadtargstelle, die dieser aus verschiedenen Gründen beantragt,

wird Dr. Hof, der sich dazu bereit erklärt, gegen Entgelt abzutreten. — Der bereits im letzten Jahr mit 10 000 M vorgesehene Bauanschlag für die Instandsetzung mit Neumbildung des Amtszimmers vom Stadtwald kann trotz der Preissteigerung infolge wesentlicher Vereinfachung des Plans eingehalten werden. Die Kosten für die Schreinerarbeiten betragen sich auf 7540 M, die für Malerarbeiten auf 2400 M. — Nachdem die Preise für Kirchensplanken gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel gesunken sind, dieselben jedoch, wie beabsichtigt werden muß, demnächst wieder steigen werden, wäre jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine etwaige Neubeschaffung unserer fehlenden Kirchensplanken auf dem alten Turm und auf der Stadtkirche, in Erwägung zu ziehen. Bei der namentlichen Abstimmung ergibt sich, daß mit knapper Mehrheit, nämlich mit 8 gegen 7 Stimmen, eine solche gewünscht wird. Es wird beschlossen, das alte Gebäude wieder ausführen zu lassen. Der Kostenpunkt beläuft sich alles in allem auf rund 45 000 M, von denen durch die Entschädigungen für die abgenommenen Boden 4000 M aufgebracht sind. Die Ausführung wird der Firma Bader-Rodenberger Vertreter hier Obermeister Wüster ist, übertragen. Die Firma glaubt, innerhalb 2 Monaten liefern zu können. Das Angebot der anderen Bewerberfirma, Rutz-Statigart, darf dabei nicht übersehen werden. Außerdem hat der Unternehmer für den Frachtaufschlag aufzukommen. — Rummer wird nach einem kurzen erklärenden Referat des Vorsitzenden in die Debatte über Neuordnung der Besoldungsordnung der städtischen Beamten eingetreten. Die vorläufige Gehaltsregelung städtischer Beamter vom 4. August 1920 muß dem neuen Körperkassenbesoldungsgehalt angepaßt werden. Im allgemeinen haben die städtischen Beamten dieselben Bezüge wie die staatlichen Beamten der gleichen Kategorien anzusprechen. Sodann enthält das neue Gesetz auch noch Bestimmungen über das Anstellungsverhältnis der Beamten der Gemeinden und Amtskörperschaften, die — in dieser Hinsicht waren die Körperkassenbeamten bisher abel daran — dem Schutz der Beamten gegen eine plötzliche Entlassung im Ruhestand haben. So darf z. B. nach 7jähriger Amtsdauer den Beamten nur noch in dringenden Fällen, keinesfalls jedoch wegen dieses neuen Gesetzes gekündigt werden; etwaige Streitigkeiten müssen in Zukunft vor ein paritätisches Schlichtungsgericht gebracht werden —; wichtig ist schließlich noch die Bestimmung, daß die Pensionleistungen der Körperkassenbeamten zukünftig von der Gemeinde allein getragen werden müssen, die Beiträge und Einrichtungsbeiträge der Beamten und Unterbeamten sind wie beim Staat wegzufallen. Eingruppiert wurden in Gruppe I Fahrenwärter, Gruppe II Feldschützen u. Schulmeister, Gruppe III Schulpfleger, Waldhüter, Anstaltswärter und Sozialhausmeister, Gruppe IV Polizeiwachmeister, Gruppe VII Stadtschultheißensamtssekretär, Gruppe VIII Stadtschultheißer und Stadtschulmeister, Gruppe X Stadtwaldwart und Forstmeister.

Die Bezirkskassenversammlung für den südlichen Teil des Schulbezirks Ragold tagte gestern im Hofsaal des Seminars unter der Leitung von Schulrat Schott. Vertreter der Bezirks- und Gemeindefürsorge waren als Gäste erschienen. Aus dem Bericht des Bezirkskassenverwalters entnehmen wir, daß der Schulbezirk 61 Schulgemeinden umfaßt, nämlich 37 aus dem Oberamt Ragold und 24 aus dem Oberamt Goltz mit zusammen 128 Schulklassen — gegen 126 im Vorjahr — und 6576 Kindern, so daß im Durchschnitt 51 Schüler auf 1 Lehrer kommen. Das Schwankt die Schülerzahl zwischen der außerordentlichen Zahl 6 der Zweischulre Beuren und überfüllter Klassen mit gegen 100 Schülern, wo die Erziehung weiterer Schulstellen dringendes Bedürfnis ist. Die Rat der Gemeinden wird hierin kein beschleunigtes Durchgreifen ermöglicht. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Vortrag von Hül. Vertling-Ragold über Behandlung Schwachbegabter. Es wurde anerkannt, daß als Ursache geringere Geistestätigkeit in manchen Fällen übermäßiger Alkoholgenuss anzusehen ist, und daß jeglicher Alkoholgenuss auf das noch in der Entwicklung befindliche Gehirn des Kindes von nachteiligem Einfluß ist. Die Schwachbegabten bedürften besonderer Liebe und Rücksicht des Lehrers, aber auch des Elternhauses. — Angenommen wurde eine Entschädigung gegen Verberkung der Schulliteratur, und Anregung zum

Auf Tätigkeit und Wirkung sei der Mensch mit allen seinen Bestrebungen gerichtet. Für den Genuss sorgt die Natur.

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

14) (Nachdruck verboten.)
„Lieber kannst du deinen Verlobten natürlich nicht,“ meinte Händchen.
„Doch nicht.“
„Natürlich nicht! Sie kennt ihn ja kaum und dann — so einen Mann kann man doch nicht lieben, dazu ist er viel zu nüchtern und langweilig. Aber das ist auch nicht nötig. Wenn Sie seine Frau ist, kann Sie sich so viel Amüsament schaffen, wie Sie will. An Kadeiten und Verheirateten wird es ihr natürlich nicht fehlen, wenn Sie überall in eleganten Toiletten auftreten kann.“
„Aber Händchen!“ rief die Mutter mit strafendem Blick.
„Doch nicht.“
„Fre antwortete gar nicht auf die Reden der Schwestern, die sie kaum gehört hatte. Ihre Gedanken flüchteten sich hier nicht dorthin, die flogen hinaus in unbegrenzte Fernen, wie unruhige, verdingelte Vögel. Sie hatte keinen Schlaf finden können in dieser Nacht. In ihrer Seele hatten leibliche Nächte miteinander gekämpft. Wie es gekommen war, daß sie Hans Ritters Braut geworden, wußte sie heute kaum noch zu sagen. Sie wußte nur, daß sie in der Verzweiflung nach seiner Hand wie nach einem Rettungsanker gegriffen hatte, damit sie nicht verlor in Scham und Schmerz.
Als sie auf ihrem Lager lag und mit starren Augen ins Dunkel geblickt in dieser Nacht, da hatte sie versucht, ihre Gedanken zu ordnen. Sie wußte an jene Tage zurückzudenken, da Harry Fort ihr mit heißen, innigen Worten von seiner Liebe gesprochen, da er sie in seine Arme genommen und sie geküßt hatte mit einem Feuer und einer Innigkeit, daß sie an seine Liebe glauben mußte.

Und das war erlogen gewesen — ein kaltes Feuer hatte ihre Seele erwidert. Sie schauerte fröstelnd zusammen. Wie hatte sie ihn geküßt! Ihr ganzes Herz, ihr ganzes Sein hatte sie ihm jubelnd zu eigen gegeben, hatte alles Glück der Welt von ihm erwartet!
Über all das Schmerz — den Tod ihres Vaters und das Gefolge von bitteren und Entbehrungen — hatte das Bewußtsein, von ihm geküßt zu werden, sie hinweggetragen. Müdig hatte sie in die Zukunft geblickt, die ihr gewiß nicht allzu rosig erschien. Aber seine Liebe sollte sie für alles entschädigen. Alles hätte sie freudig ertragen an seiner Seite. Und nun?
Nun wußte sie, daß er, während sie auf die glückliche Zukunft an seiner Seite dachte, um eine andere geworden hatte: um Elen Volkmer, deren Vater seiner einzigen Tochter ein großes Vermögen als Mitgift geben konnte. Nun wußte sie, daß er sie belogen und betrogen hatte. Jetzt konnte sie sich sein langes Schweigen erklären, daß sie mit seinem Fortsein entschuldigt hatte. Während sie glaubte, daß er erst das Trauerjahr um ihren Vater vorübergehen lassen wollte, freite er schon um eine andere! Er hatte nicht einmal gewartet, bis sie ihm seine Freiheit zurückgab. Während sie sich noch als seine Braut betrachtete, gab er schon einer anderen diesen Namen. Wie er herangekommen hatte, daß sie doch im Grunde beide nicht gebunden waren! Er entzog ihr sogar das Recht, sich als seine Braut betrachtet zu haben. Wie froh machte er gewesen sein, daß ihm das Schicksal vor einer offiziellen Verlobung mit ihr bewahrt hatte! Wie eine lästige Gelliebte hatte er sie einfach beiseite geschoben. Sie hatte ja keinen Vater mehr, der ihn zur Rechenschaft ziehen konnte.
Wie das Schmerz und brannte in ihrem Herzen! Wie das Gefühl verzweifelter Ewigkeit sie fast erstickte — die Scham, ihr bestes Empfinden an einen Mann verschwendet zu haben, der ihre Liebe nur als eine Last empfand.
Quollvoll hatte sie aufgeschrien und das leise Wimmern in ihren Rippen erstickt, damit es niemand hörte. Sie hätte im Geiste jedes seiner kalten Worte, von denen jedes ihr ein Schlag ins Gesicht war, und die die Zähne wie im Kampf zusammenstießen.
Und dann mußte sie an Hans Ritter denken, wie er

plötzlich vor ihr gestanden hatte, ein Zeuge ihrer Qual, ihrer Entbehrung — und zugleich ihr größtmöglicher Helfer in der Not.
So unmerklich war es ihr, daß er plötzlich um ihre Hand angehalten hatte, mit einer so ruhigen Selbstverständlichkeit, als könnte es nicht anders sein. Das war das für ein Mensch, von dem ihre Cousinen behauptet hatten, er habe statt des Herzens eine Rechenmaschine in der Brust?
Das hatte er ihr gegenüber freilich nicht gesagt, denn mit einem Rechenzettel brauchte er sich in Bezug auf sie nicht abzugeben. Er mußte, daß sie arm war, daß sie ihm keine Mühe machte.
Sie hatte auch gehört, daß man ihn einen kühnen, genialen Kaufmann nannte, einen Menschen, der mit kaltschnitiger Besonnenheit alles erreichte, was er erreichen wollte.
Ja, kaltblütig und unbewegt, kühl, bis ans Herz hinan — so hatte er vor ihr gestanden und sie durch die Macht seiner Verbalität gezwungen, zu tun, was er wollte.
Und doch hatte er ihr so schlicht gesagt, daß er der Sohn eines Handwerkers sei. Wo dachte er wohl alles, was er im Leben erreicht hatte, sich selbst, trotzdem er noch so jung erschien und auch noch war. Aber von einem Empfindungsling hatte er nichts an sich; er sah eher aus wie ein Erling oberer, der die ganze Welt zu seinen Füßen zwingen konnte. Das Bewußtsein seiner imponierenden Verbalität hatte sogar die Nacht ihrer Verzweiflung zu durchdringen vermocht. (Fortsetzung folgt.)

— Was ein Vogelneß wert ist. In einem Neste sind fünf Junge. Jedes dieser Jungen braucht durchschnittlich täglich 30 Wanzen zur Nahrung. Alle Jungen zusammen brauchen also täglich 250 Wanzen. Die Anzahl dauert durchschnittlich 30 Tage. Während dieser Zeit werden 7500 Wanzen vernichtet. Jede Raupe frisst täglich ihr eigenes Gewicht von Wurzeln und Blättern. Angenommen sie brauche, bis sie aufgefressen hat, auch 30 Tage und freßt täglich nur eine Blätter, die eine Frucht gereicht hätte, so frisst sie in 30 Tagen 30 Obststücke und die 7500 Wanzen fressen zusammen 225 000 solcher Blätter.



rgen Entgelt übertra-
10 000 A vorgelegene
Neumbildung des
der Reichsregierung
aus eingehalten wer-
den belangen sich auf
A — Nachdem die
so jede um ein Drittel
trachtet werden muß.
sicht der Zeitpunkt
unserer Lehenden
auf der Stadtkirche.
tlichen Abstimmung
ähnlich mit 8 gegen
Es wird beschlossen.
Der Kostenpunkt be-
von denen durch die
Kosten 4000 A außer-
dena Hoher-Rohndorf
ist übertragen. Die
zu können. Das An-
Stuttgart, darf dabei
der Unternehmer
Nunmehr wird
des Vorstehenden
der Besoldungsord-
Die vorläufige
m 4. August 1920
ungspunkt angepaßt
tlichen Beamten die-
den der gleichen Rait-
das neue Gesetz auch
gleichheit der Be-
stellen, die — in dieser
bisher über daran —
liche Entlassung im
rger Amtsbezug den
u, keinesfalls jedoch
werden; etwaige Strei-
paritätisches Schieds-
Schlichtung nach die-
ende der Rumpelkath-
liche allein getragen
entsprechend der Beam-
ten weggefallen. Ein-
trier, Gruppe II Reich-
haupt, Waldschützen,
gruppe IV Volkswacht-
amtstretter, Gruppe
Gruppe X Stadtoor-
den üblichen Teil
Staat des Seminars
Vertreter der Be-
als Militär erschienen,
ders teilnehmen wie,
unseht, nämlich 37
dem Oberamt Solm-
en 126 im Vorjahr —
hant 51 Schüler auf
Schülerzahl zwischen
schulische Beuren und
ern, wo die Erzieh-
bedürftig ist. Die
leamtigen Durchreisen
Veranstaltungen fand
d über Behandlung
daß als Ursache ge-
übermäßiger Alkohol-
Alkoholgenuß auf das
hien des Kindes von
begabten bedürftig be-
trere, aber auch des
de eine Entschädigung
und Anregung zum
euge ihrer Qual, ihrer
rohmütiger Helfer in
pplig um ihre Hand
Selbstverleumdungen,
dar das für ein Ver-
ten, er habe statt des
ruft?
ich nicht gezeigt, denn
ich in Bezug auf sie
am war, daß sie ihm
ihn einen können, ge-
hen, der mit kaltdür-
er erreichen wollte.
l, bis aus Herz blin-
de sie durch die Nacht
in, was er wollte.
esagt, daß er der Sohn
er wohl alles, was er
gehden er noch so jung
in einem Empordru-
eber aus wie ein Ge-
größen zutragen konnte.
nen Persönlichkeit hatte
durchbringen vermocht.
(Fortsetzung folgt).

Kassan der Ortsteilbibliothek gegeben. Rektor Reher-
Napold ließ einen Vortrag über „Willensbildung“ folgen,
die unserer Zeit so dringend notwendig ist.

Beamtenbeschwerden. Im Reichstagsausschuß für Be-
amtenangelegenheiten wurde die 2. Befugnis der Aus-
führungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz festgestellt und
mit einigen Änderungen erledigt. Es wurde bestimmt, daß
das Vikarier-Dienstalter von Beamten mit Hochschulstudium:
a) wenn ein Hochschulstudium von mehr als 3 Jahren vor-
geschrieben, mit dem 1. Januar des Jahres, in dem die das
Hochschulstudium abschließende Prüfung abgelegt worden ist
und b) wenn ein Hochschulstudium von 3 Jahren vorgeschrie-
ben ist, mit dem 1. Januar des Jahres, in dem die das
Hochschulstudium abschließende Prüfung abgelegt worden ist
angenommen. Sodann wurde eine Entschädigung (NSP.)
angenommen, wozu für die Beamten mit eigenem Haus-
stand, die infolge des Krieges gezwungen sind, ihren bisheri-
gen Dienstort in den abgetretenen oder besetzten Gebieten zu
verlassen, für die Zeit der Führung eines doppelten Haus-
halts eine Regelung getroffen werden soll, durch die eine Schädi-
gung vermieden wird.

Einmaliger Fernsprechartbeitrag. Von zuständiger Seite
wird mitgeteilt: Für diejenigen Teilnehmer, welche diesen
Betrag in vierteljährlichen Teilbeträgen entrichten, wird auf
1. Juli ein weiterer Teilbetrag zur Zahlung fällig. Er ist
mittels Zahlscheine oder durch Hebeschneidung auf das Postschick-
konto des zuständigen Telegraphenbauamts (T.S.B. Stutt-
gart Konto Nr. 22001, T.S.B. Heilbronn Nr. 21501, T.S.B.
Lüdingen Nr. 21406 und T.S.B. Ulm Nr. 22207) zu ent-
richten. Für die weitere Befassung des Anschlusses ist die
rechtzeitige Erhaltung dieses Teilbetrags Voraussetzung. Zur
Sicherheit der richtigen Zahlung ist die Angabe der Rechnungs-
nummer des Fernsprechartbeitrags auf dem Abschluß der Zahls-
scheine oder Hebeschneidung unerlässlich. Nur diejenigen Zah-
lungen, welche am letzten Tag des laufenden Monats auf
dem Postschickkonto des betr. Telegraphenbauamts eingeleitet
sind, werden vom kommenden Monat an verzinst.

Vom deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Volkswirtschafts-
bericht für 1920 einen gewaltigen Aufschwung genommen.
Da durch den Lebensgang der Volkswirtschaften in
Bayern und Württemberg auf das Deutsche Reich am 1. April
1920 ein einheitliches deutsches Volkswirtschaftsgebiet ge-
bildet worden ist, erscheinen in dem Volkswirtschaftsbericht für 1920 zum
erstenmal die Ergebnisse für das ganze Deutsche Reich. Die
Zahl der Volkswirtschaften ist von 437 667 Ende 1919 um
184 676 auf 622 343 Ende 1920 gestiegen. Der Gesamtumsatz
betrug bei 335 Millionen Aufwänden und 684 Millionen
Umsatz, das sind gegen das Vorjahr 446 Millionen Mark oder
81 Prozent der Gesamtumsatz des Reiches. Das Guthaben
hat von 3,4 Milliarden Mark Ende 1919 auf 7,6 Milliarden,
also um 4,2 Milliarden Mark zugenommen. Die Gesamt-
einnahme aus dem Volkswirtschaftsbericht betrug 232 Millionen A.

Die Kreuzgötter. Vor kurzem wurde aus Gießen
berichtet, daß in den dortigen Wäldern die Kreuzgötter in
bedenklichem Maße aufstiegen. Die letzte heiße Sommerzeit
ist es, in der wir uns vor der Kreuzgötter in acht nehmen müssen.
Die Kreuzgötter sind sehr kleine Tiere, sie heißen aber nur,
wenn sie gereizt werden. Dies kann ungewollt durch unzu-
fällige Ausstricheln oder Berühren beim Arbeiten und Beren-
pflichten vorkommen. Man betrete Ritz und Moor daher
nie mit bloßen Füßen; und sollte man trotzdem gestochen wer-
den, so werde man alsbald die entsprechenden Gegenmittel
an, als da sind: Auskochen der Wunde, wenn man nicht
eine Wunde im Mund hat und Auskochen des Giftstoffes.
Unterbinden der Wunde bis zur Ankunft des Arztes, der je
nach dem Befinden des Patienten das betr. Gift aufschneidet
und vom Giftstoff reinigt, oder wenn der Giftstoff schon teil-
weise sich im Körper befindet, Gengengift zum Genuß einbringt.
Bei uns treffen wir die Kreuzgötter in den Sommermonaten
nur in den feuchtwarmen Hochmooren, nie in den kalten
Mooren im Tale, auf der Schwab. Alb an sonnigen Stellen und
Steingeröll. Die nützliche Ringelotter sollte nicht mit der
Kreuzgötter verwechselt werden; sie ist viel länger als die Kreuz-
götter. Die größten Exemplare der Kreuzgötter erreichen nur
eine Länge von 70—80 Centimetern; die Farbe ist verschieden
und die Kreuzzeichnung auf dem Kopfe ist meistens unbedeut-
lich ausgeprägt, dagegen ist der Stanzstreifen auf dem Rücken
bei allen Tieren vorhanden.

Schutz der Zugtiere im Sommer. Der Tierchutz-
verein stellt mit: Wie wenig Pferde steht man gerade jetzt bei
der großen Hitze vor den massenhaft aufstehenden Fliegen und
Bienen gefährdet. Diese Tiere können ein Pferd rasend machen.
Es ist kein Wunder, wenn man ihnen nicht sieht und hört, daß
Pferde durchgehen und dadurch Unglück für Menschen und
Tier entsteht, abgesehen von dem oft großen materiellen Schade-
nen. Man versetze die Tiere mit leichten Decken, Fliegennetzen,
Brennstoffen, Öpeltappen, von denen die die Augen bedeu-
tenden Stellen entfernt werden müssen.

Statistik der übertragbaren Krankheiten. Zur Genesung
einer kontinentalen Ueberdosis über den Stand der übertragbaren
Krankheiten im Landes- und Reichsgebiet werden die Übermittlung
durch das Ministerium des Innern beantragt, die Zahl der Über-
tragungen und Todesfälle wöchentlich an das Statistische Landes-
amt Stuttgart zu melden und zwar von folgenden übertragbaren
Krankheiten: Bienenstiche durch tollwutverdächtige Tiere, Diphtherie,
übertragbare Gicht, Rinderpest, Rinderkrankheit (Erkrankung),
Lungen- und Keuchhusten, Milchbrand, Roggen-Rohr, übertragbare
Rauhe, Schindla, Tollwut, Unverschämtheit, Malaria,
Schindla, Fleck-, Pfl.- und Wurmparasiten.

Württemberg.

Änderung des Pflanzenschutzgesetzes. Stuttgart,
6. Juli. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Pflanzenschutz-
gesetzes fordert für die evangelischen Kirchen für
1920 20,3 und für 1921 21,4 Millionen Mark, für die
katholischen Kirchen eine Zuschusssumme von 9,3 Millionen
bzw. 9,8 Millionen Mark, wozu noch außerordentliche Zu-
schüsse von 1,1 Millionen bzw. 900 000 A kommen. Durch
den Gesetzentwurf wird das Ministerium ermächtigt, Pen-
sionsbestimmungen zu genehmigen, die die Bezüge der vor
dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten evang. oder
kath. Geistlichen bezug deren Hinterbliebenen regeln und die
Pensionsbestimmungen im übrigen an die des Beamtenbesol-
dungsgesetzes anpassen.

Zur Ortsklasseneinteilung. Stuttgart, 6. Juli. Der
Deutsche Ortsverband, dem auch der Württ. Ortsverband
angehört, hat beim Ausschuss des Reichstags Verhandlungen
geführt, in denen grundsätzlich die Befestigung der Statistik

der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und die Verminder-
ung der Ortsklassen von 5 auf 3 wiederholt verlangt wurde.
Inzwischen hat der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegen-
heiten zu der Frage Stellung genommen.

Die Bedeutung des Stuttgarter Schlachtviehmarktes.
Stuttgart, 6. Juli. Auf einer Versammlung von Vertretern
der Stadtverwaltung, städtischer Behörden und der Organi-
sationen der Landwirtschaft, Händler und Metzger wurde über
die Frage des Stuttgarter Schlachtviehmarktes gesprochen u.
wie dessen Bedeutung als Landesgeneralviehmarkt gesteigert
werden könne. Zum Schluß wurde eine Entschädigung an-
genommen, in der erklärt wird: Die Erhaltung großer wirt-
schaftlicher Schlachtviehmärkte in Stuttgart als Anschlagsplatz
nach auswärts liegt auch im Falle völliger Freigabe der
Auskunft im Interesse der Landwirtschaft, des einheimischen
wie des auswärtigen Viehhandels und der Metzger-
schaft. Der Schlachtviehmarkt von Stuttgart steht unter
den 36 bedeutendsten Viehmärkten Deutschlands, was Zufuhr,
Verbrauch und Absatz anbelangt, an 3. Stelle, hinter Berlin
und München. In an dieser Stelle zu erhalten, liegt im
Interesse aller an der Schlachtviehzeugung u. am Schlacht-
viehhandel interessierten Kreise.

Rückgabepflicht der Ordenszeichen. Stuttgart, 6. Juli.
Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß
die Rückgabepflicht der Orden der Württ. Krone, des Württ.
Militärorden und des Friedrichsordens, des Großkreuzes
bis Ritterkreuzes eintritt, unverändert weiterbesteht. Hinter-
bliebene können die Ordenszeichen als Andenken beim hiesigen
Münzamt erwerben.

Die Frühkartoffelverfälschung. Stuttgart, 5. Juli.
Zur Frühkartoffelverfälschung wird aus zuständiger Seite
mitgeteilt: Es scheinen sich noch nicht alle Kreise der Be-
völkerung darüber klar zu sein, daß die öffentliche Bewirt-
schaftung der Kartoffeln, insbesondere auch der Frühkartoffeln,
durch die im Vorjahr erlassenen reichsrechtlichen Bestim-
mungen aufgehoben worden ist. Es kommt hierdurch neuer
eine öffentliche Verfälschung der Verbraucher mit Speise-
kartoffeln nicht mehr in Frage; es kann also wieder von einer
bedrohlichen Verfälschung und Verteilung der württ. Frühkar-
toffeln, noch von einer Einfuhr nichtwürttembergischer
Ware durch eine Landesstelle die Rede sein. Die Preise
regeln sich nach Angebot und Nachfrage und unterliegen
gegebenenfalls den strafrechtlichen Vorschriften zur Bekämp-
fung des Wuchers und der Preisverhinderung. Für den Handel
mit Kartoffeln bedarf es künftig nur noch der allgemeinen
oberamtlichen Handelsverordnungen nach der Verordnung über
den Handel mit Lebens- und Futtermitteln, dagegen ist die
bisherige besondere behördliche Erlaubnis auf Grund der
Verfügung der Landesverordnungen vom 30. September 1920
über den Kartoffelverkehr weggefallen, da die genannte Ver-
fügung inzwischen aufgehoben worden ist.

Rundgebung des Handwerks. Stuttgart, 5. Juli.
Am Sonntag den 17. Juli findet im Stadtpark auf
Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks
eine Kundgebung statt, bei der die Abg. Henne-
Lüdingen und Siller-Adamsberg über Wünsche und For-
derungen des Handwerks sprechen werden.

Bilg- und Hagelschlag. Heilbronn, 6. Juli. Bei dem letzt-
en über die Stadt und die Umgebung zehenden schweren
Gewitter (Schlag der Bilg) in das Gebiet des Kupferhaldens
Oberhard von hier ein, ohne zu plagen und Schaden anzu-
richten. Wie sich nach dem Gewitter zeigte, hat der Hagel
hier und ganz besonders in Jallingen, Dettlingen und Betra
großen Schaden angerichtet.

Neue Glocke. Sulz a. N., 6. Juli. Dank dem stäh-
lichen Opferfest der kleinen Disporagemeinde konnte die im
Krieg zerstörte Glocke erneuert werden. Die neue Glocke
kam aus der Gießerei Heinrich Kutz in Stuttgart und
trägt über dem Bild der Jungfrau die Inschrift: Geop-
fert im Weltkrieg, erneuert 1921.

Hugenbuch O. M. Heilbronn, 6. Juli. Ein hiesiger
Arbeiter taufte von einem Unbekannten ein Fahrrad. Es
stellte sich dann heraus, daß dasselbe gestohlen war, weshalb
er es seinem rechtmäßigen Eigentümer wieder zurückgeben
musste. Deshalb Vorfall beim Kauf derartiger Sachen und
hauptächlich, wenn man den Verkäufer nicht kennt und be-
langen kann!

Städt. Haushalt. Lüdingen, 6. Juli. Der städtische
Haushalt für 1921 weist bei 4,7 Millionen Aufwänden
und 1,9 Millionen Einnahmen einen Abmangel von 2 785 000
Mark auf. Es soll eine Erhöhung von 30% erhoben werden.

Todesfall. Oberndorf, 6. Juli. Stadtschultheiß He-
ler, der schon seit längerer Zeit erkrankt war, ist jetzt an
einer Augenblutung gestorben. Die Stadtverwaltung ver-
leiht eine hervorragende Arbeitskraft, die sich um die Entwid-
lung der Stadt in den letzten Jahrzehnten große Verdienste
erworben hat.

Mäuseplage. Großschmied, 5. Juli. Groß und Klein
geht ins Mäusebohren. Ein Schüler klagt an einem Nach-
mittag in seinen Vorlesern mit Leichtigkeit 100 Stück, wo-
für er 10 A bei der Ablieferung erhält. Erwachsene Meisen
sind an einem Tag 500 Stück ab. In manchen Fruchtfeldern
steht es aus als ob eine Fruchtschneidemaschine darin ge-
arbeitet hätte, so sehr haben die Käger gekaut. Die Mäuse-
holzerabgüsse haben zu spät Verwendung gefunden.

Autoverbindung. Heidenheim, 6. Juli. Die Autolinie
Heidenheim—Weissen wird am 15. Juli eröffnet werden.
Die Linie Heidenheim—Raitheim ist im Herbst.

Pferdeplage. Heidenheim, 6. Juli. Im Gebiet der
Bauern Adam Kolb hier ist die Pferdeplage ausgebrochen.

Waisbezugscheinhandel. Heidenheim, 6. Juli. Auf
dem Rathaus wurden kürzlich die Waisbezugscheine ausge-
geben, wozu nach dem „Raiden“ auch einige zehn Agenten
und Verkäufer solcher Papiere erschienen waren, so daß sich
ein regelmäßiger Markt mit Waisbezugscheinen abspielte.
Bei allen Arten von Ueberdosis wurden die glück-
lichen Besitzer solcher Urkunden von den Verkäufern zur Ab-
gabe ihrer Scheine zu bewegen versucht, so daß die Preise
er bald von 20 auf 40 Mark und darüber stiegen. Das
darf nicht wundernehmen, denn mancher Bauer kann durch
die Erwerbung eines solchen Waisbezugscheins, auf den be-
kanntlich von Reich wegen verwilligter Wais abgegeben wird,
der später im Handel recht teuer abgesetzt werden kann, mit
Leichtgläubigkeit 1000 Mark und mehr verdienen. Diese sonder-
bare Maßnahme der Reichsregierung hat dem profitierenden
Händlerum ungewohnte Verdienste zuzuführen lassen. Hätte
man den Reichsausschuß zum Ankauf des Waisbezugschein im

Betrag von vielen Millionen Mark für den Ankauf von
Brotgetreide verwendet, so wäre man in der Lage gewesen,
die Zwangswirtschaft sofort aufzuheben.

Verein der kath. Geistlichen. Ulm, 5. Juli. Die
Konferenz des Vereins der kath. Geistlichen Württembergs
findet am Freitag den 8. Juli, vormittags 11 Uhr in Ulm
(Kath. Weselshaus) statt.

Strafkammer. Ulm, 6. Juli. Die Strafprozesse
wegen der Heidenheimer Unruhen im Juni v. Jt. gehen
ihrem Abschluß entgegen. Am Montag wurde gegen die
Teilnehmer an den bei den Heidenheimer Einwohnern vor-
genommenen Hausdurchsuchungen nach Waffen verhandelt. Es
hatten sich 13 Angeklagte, sämtliche in Heidenheim wohnhaft,
zu verantworten. Am 23. und 24. Juni v. Jt. zogen be-
waffnete Arbeiter in der Stadt herum, um unter Führung
eines Gruppenführers die Ablieferung der Waffen durchzu-
führen. Sie drangen in das Postamt ein, um von dem Post-
inspektor die Herausgabe der Waffen zu verlangen, ferner
bei einer Frau Windmüller, bei dem Kaufmann Baumann,
dem Fabrikanten Plappert, bei dem Geometer Eberle, dem
Oberingenieur Schmittknecht, sowie bei dem Führer der
Einwohnerwehr, Gottlob Wiedemann. Die Angeklagten be-
ziehen sich in allen Fällen auf einen Befehl des Aktionsaus-
schusses, der die Aufforderung zur Waffenabgabe bekannt ge-
geben hatte. Es wurden denn auch mehrere Gewehre, Munition
und ein leichtes Maschinengewehr herausgeholt. Bei
einigen Angeklagten erfolgte Freisprechung. Dagegen wurden
verurteilt, unter teilweiser Einrechnung früherer Strafen, der
Feldarbeiter Karl Friedrich zu 7 1/2 Monaten, die Wirt-
schreiber Valentin Friesch und Hans Junginger zu je 2 Wochen,
der Schlosser Karl Schmoß u. der Schneider Kaspar Schlegel-
macher zu je 4 Wochen, der Former Andreas Kruger zu
1 Monat 10 Tagen, der Zimmermann Jakob Eugenmaier
u. der Schlosser Karl Hummel zu je 2 Wochen
Verurteilung. Am 11. und 12. Juli sind die letzten Ver-
handlungen.

Fischsterben. Reckersweilungen, 6. Juli. In den er-
sten Tagen des Juli sah man im Neckar viele mit dem Tode
ringende Fische. Sie konnten mit der Hand gefangen werden.
Die Ursache des Fischsterbens ist noch nicht bekannt. Unter-
suchung ist eingeleitet.

Vermischtes.

Eine neue Großstadt. Der preussische Landtag hat
bekanntlich den Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des
Städteterritoriums München-Gladbach einstimmig angenommen.
Von dem Tage der Verkündung des Gesetzes an tritt nun
München-Gladbach in die Reihe der deutschen Großstädte ein;
denn die Bevölkerungszahl der Stadt steigt durch die Ein-
gemeindung auf 110 000 Seelen.

Der Arm der Gerechtigkeit. Berlin, 6. Juli. Die
Gräfin Wartenleben wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte
wegen Uebertretung der Vorschriften über die Rationierung
von Lebensmitteln zu 66 000 A Geldstrafe verurteilt. Sie
hatte für ihren Haushalt in den Jahren 1919 und 1920 täg-
lich 5 Liter Milch und wöchentlich 7 Pfund Butter auf Kar-
ten bezogen, indem sie Personen, die dauernd auf ihrem Gute
weilten, als zu ihrem Berliner Haushalt gehörig anmeldete.
Das Gericht hat von einer Geldstrafe Abstand genom-
men, weil 1919 und 1920 die Rationierungsvorschriften schon
abgeändert worden und es Lebensmittel im freien Handel gab.

Handels- und Marktberichte.

Viehmärkte. In Kalen war Schweine- und Schaf-
markt. Eritern wurden 29 Milchschweine zugeführt. Preise
pro Paar 600—850 A. Verkauf wurden 27 Stück. Dem
Schafmarkt waren 292 Stück Schafe zugeführt. Verkauf
wurden 17 Böckchen (Preis pro Paar 850 A), 50 Jährlinge
(Preis pro Paar 765 A) u. 12 Brockschafe (Preis pro Paar
400 A). Der Markt war schwach belehrt und zeigte die
sinkenden Preisen einen klaren Geschäftsgang. — Dem Vieh-
markt in Kirchheim u. L. waren zugeführt: 44 Faren,
Preis 5500—11 100 A per Stück, 80 Ochsen u. Säure, Preis
3400—13 000 A per Stück, 105 Kühe, Preis 4500—10 500 A
per Stück, 196 Rinder u. Kalbinnen (Jungvieh), Preis 2000
bis 11 000 A per Stück, 18 Kälber, Preis 900—1100 A per
Stück, 306 Milchschweine, Preis 400—500 A per Stück, 34
Ferkelschweine, Preis 750—1000 A per Stück. Der Handel
war in beiden Teilen lebhaft. — Dem Viehmarkt in Pan-
gen u. waren insgesamt 95 Stück zugeführt. Niederster
und höchster Preis bei Faren 2300—3655, bei Farenkühen
2500—2605, bei Kühen 3100—3500, bei Kälbern 5000 bis
8500, bei Jungkühen 1600—5200. Gesamtumsatz bei einem
Verkauf von 36 Stück 131 545 A.

Pferde- und Viehmarkt. Heilbronn, 5. Juni. Dem
Verkaufmarkt waren 25 Stück zugeführt. Die Preise bewegten
sich etwa zwischen 5000 und 22 000 A. Der Handel war
flau. Der Viehmarkt hatte eine Zufuhr von 16 Stück, von
denen 6 Stück verkauft wurden. Auf dem Pferdemarkt waren
11 Stück, Preis 400 A.

Legte Drahtnachrichten.

Das Urteil im Prozeß Stenger-Krusius.

Stuttgart, 7. Juli. Kreisgericht. Die auf gestern nach-
mittag angelegte Entscheidung im Prozeß Stenger-Krusius
verhängt: Da der eine Verteidiger einen neuen Beweils-
antrag stellte. Das Gericht lehnte den Antrag nach kurzer
Verhandlung ab und zog sich zu erneuter Beratung zurück. Das
Urteil lautete folgendermaßen: Der beschuldigte General
Stenger wird freigesprochen, da sich die Anklage gegen ihn
nicht aufrecht erhalten läßt. Der angeklagte Major Krusius
wird wegen schuldiglicher Täuschung zu 2 Jahren Gefängnis ver-
urteilt und ihm das Tragen der Uniform verboten. Von
der Gefängnisstrafe wird die Dauer der Untersuchungshaft
abgezogen. Die Kosten der Verhandlung werden auf die
Staatskasse übertragen.

Die irische Frage.

London, 6. Juli. Heute früh besprachen Lloyd George,
General Smuts, der Führer der irischen Unionisten, Lord
Bridleton, und der Ministerpräsident von Irland, Sir James
Craig, die irische Frage. Ueber den Inhalt der Verhand-
lungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

London, 7. Juli. Die Wälder melden, daß General Emms gestern früh nach London zurückgekehrt ist. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde in Downing-Street eine Konferenz abgehalten. Der allgemeine Eindruck ist, daß befriedigende Fortschritte gemacht werden. Zugleich wird aus Irland gemeldet, daß die Sinn-Führer eine Reihe neuer Ueberrückstellungen haben. In der Grafschaft Tyrone hielten 100 bewaffnete Männer einen Eisenbahngang an und bedrohten ihn in Brand.

Letzte Kurz-Meldungen.

Die brit. Regierung hat eine Ministerialverordnung über Änderungen in der Wohnraumbewirtschaftung erlassen. Das vom Reichsfinanzminister Dr. Brüch gestern im Reichstag eingebrachte Steuerprogramm wird von der deutschen Presse, soweit sich bis jetzt sehen läßt, einstimmig als unerschütterlich abgelehnt.

Die Interalliierte Kommission hat infolge der Vorgänge, die sich in Deutchen abspielten, den 1. Bürgermeister von Deutchen, Dr. Stephan, ausgewiesen.

Nach Nachrichten aus Teheran ist der Aufstand in Nordpersien in ständiger Annäherung.

Der Sprengzug Amsterdams - Paris entgleiste bei Deungeres. Ein Postwagen und der Postwagen wurden zerstört. Sieben französische Postbeamte wurden getötet, etwa 30 Reisende verwundet. Die Untersuchung weist auf die Möglichkeit eines verbrecherischen Aufschlags hin.

Reichsfinanzminister a. D. Erzberger wird, wie aus Basel verlautet, Ende Oktober in Basel auf Einladung der dortigen Ortsgruppe der Zentrumspartei über die heutige politische Lage in Deutschland und über die Stellung Deutschlands zu der Entente sprechen.

Die von der Berliner „Vossischen Zeitung“ behauptete Stelle der Reichsregierung besteht nur in der Phantasie des Berichterstatters.

Prinz Ludwig Windischgrätz kündigt neue Enthaltungen über den Verrat Karls von Habsburg an.

Aus Indien kommen neuerlich Nachrichten über Unruhen und Streiks in verschiedenen Großstädten.

Die bisherigen Teilegebnisse der Streikbestimmung in den Berliner städtischen Betrieben lassen leider vermuten, daß eine 2/3 Mehrheit für den Streik erzielt wird. Im Lichtenberger und im Charlottenburger Gaswerk haben bis zu 90% der Arbeiter für den Streik gestimmt. Gant „Roter Fahne“ soll auch bei den Elektricitätsarbeitern und den Straßenbahnern die 2/3 Mehrheit für den Streik bereits überschritten sein.

Im Unterhaus sagte der Unterstaatssekretär des Reichens in Verantwortung einer Anfrage, die englische Regierung sei von der japanischen benachrichtigt worden, daß diese angesichts der gestörten Verhältnisse in Ostindien gewonnen sei, Operationen in Madagaskar, Sachalin und verschiedenen Orten der Exproving zu unterhalten, bis ein befriedigendes Abkommen mit der gegenwärtigen russischen Regierung erzielt sei.

Aus Lima berichtet die „Chicago Tribune“: In das Arbeitszimmer des Präsidenten der Republik Vera, Leguia, wurde von einem vorbeifahrenden Automobil eine Bombe geworfen. Der Präsident war jedoch nicht anwesend. Es entstand ein Brand, durch den ein Teil des Amtsgeläudes zerstört wurde.

Nach einer Depot-Meldung aus Konstantinopel soll die Stadt Bagdad von den Türken besetzt worden sein. Die Stadt ist 15 Kilometer südlich von Hama.

Die englische Polizei fand bei Tralee in Irland Waffen und Munition, Explosivstoffe, Landminen. Teile für drahtlose Telegraphie und Signalfallen. Drei Personen wurden verhaftet.

Herzliien-Schampon.

Das beste Haarwasmittel, welches sich seit 1905 schon millionenfach bewährt hat, findet wegen seiner ganz hervorragenden Qualität immer mehr Anwendung. Ueber die Vorzüge von **Herzliien-Schampon** werden Sie sich beim Gebrauch selbst überzeugen. Das Paket kostet nur 1 M., oder wenn Sie sich bei Ihrem Friseur die Haare waschen lassen, so probieren Sie dort eine Waschung mit Herzliien-Schampon (diese kostet nur 50 Pf. mehr), ist aber wunderbar.

Naturnäheles Wetter am Freitag und Samstag.
Schön sommerlich.

Ämtliche Bekanntmachung.

In Hofburg Oberamt Freudenstadt ist die Maul- und Ruhrkrankheit erloschen. Die angeordneten Sperrmaßnahmen wurden aufgehoben.

Nagold, den 6. Juli 1921. Oberamt: M. A. S.

Ämtgericht Nagold.

Im Genossenschaftsregister

Band 4 Blatt 70 wurde heute bei dem Darlehen-Kassenverein Untertalheim, e. G. m. u. H., eingetragen: In der Generalversammlung vom 22. Mai 1921 wurde an Stelle des ausgeschiedenen Vereinsvorsitzenden Vinzenz Altm als solcher gewählt Josef Müller, Bauer.

Den 5. Juli 1921. Oberleutnant Falmon-Gros.

W. Forstamt Hofstett, Post Leinach

Beigholz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 14. Juli vorm. 10 Uhr im Saal in Reumert aus Ouren Kambach, Niederberg, Reimühle, Hofstett. Am: 1. Eichen 2 Stück, Buchen 7 Stück, Nadelholz 3 Scher, 2 Prähel, 779 Anich und unfortiert. Besondere Anweisung von Forstamt Hofstett. O. J. S. in Stuttgart. * 105

Zahlscheine bei G. W. Jaiser

Palmin,
teinst. Kokosfett,
Palmona,
Ersatz für Butter,
Tafelsenf,

offen, empfiehlt 101
Chr. Raaf, Klumpps Nachf.
Nagold, Marktstr.

Für 1. August wird festliches

Mädchen

für Küche und Zimmerarbeit bei hohem Lohn gesucht.

Neue Handelsschule
C a l w.

Runder, beplatteter

Tisch

ist zu verkaufen.

Bekauft oder eingetauscht wird: eine gebrauchte

Bettlade mit Koff

und ein festes

Fahrrad.

Sonstige? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

59

.....

Schreibmaschinen,

Rechen- u. Addiermaschinen

Vervielfältiger,

Büromöbel jeder Art

Saugpost-, Durchschlag-,

Wachs- u. Kohlepapier

sowie alle anderen

Bürobedarfsartikel

liefert äußerst gütig

Louis Schleh

2700 Bürobedarf

Freudenstadt. Telef. N. 27.

Katalog zu Diensten.

.....

Nagold.

1 Pintscher-

Hündin mit 5 Jungen

hat zu verkaufen

98

Karl Reug, Josef Nr. 73.

Farben- u. Leinölangebot!

Wir bieten in bester Beschaffenheit bei prompter Bedienung zu äußerst günstigen Preisen an:

Leinöl, roh, reine holländ. Ware, sofort lieferbar, im Anbruch per Liter A 11.50 bei Fahbezug empfindend billiger.

Leinöl, roh, reine holl. Ware, lieferbar in ca. 8 Tagen, bei Fahbezug per Kg. A 11.— keine Mengen 25—50 J teurer.

1a. doppelt gekochtes Leinöl, reine Ware, lieferbar in ca. 8 Tagen, bei Fahbezug per Kg. 12.50 keine Mengen 25—50 J teurer.

Lieferung erfolgt ab Nagold gegen sofortige Netto Kasse und nur solange Vorrat reicht. Bestellungen müssen daher sofort aufgegeben werden.

Vorliegende Preise sind weit unter Tagespreis. Wichtigst empfehlen wir unser großes Lager in feinst abgeriebenen und trockenen Farben

(jeder Ton wird nach Wunsch sofort zusammengelegt), sowie alle Lade, Mattierungen, Wachsbeizen, Holzbeizen, Terpentinöl, Trockenmittel usw.

Durch Großverkauf aus erster Hand sind wir stets in der Lage, beste Ware zu verhältnismäßig billigen Preisen anzubieten zu können. Für nur gute und erhaltene Qualität übernehmen wir jede Garantie, da jede Ware im eigenen chem. Laboratorium auf ihre Güte untersucht wird.

Löwen-Drogerie Gebr. Benz

Nagold, Bahnhofstr. 56 u 89. Telef. 122

Als Vermittlerin

von Angebot und Nachfrage behauptet die Tageszeitung jederzeit siegreich das Feld gegen alle anderen Werbearten.

.....

Hand-Ziegel

sind zu haben bei 66
Ziegler Ratz
Hochdorf OR. Gorb.

Carbolineum

1a. Oelware empfiehlt billigst
K. Ungerer, Nagold
Telef. Nr. 4

Agentur-Vergebung.

Die Agentur einer allerbewährtesten Feuerversicherung ist für den Bezirk Nagold zu vergeben. — Interessenten wollen Angebote unter Nr. 98 an die Geschäftsstelle d. Bl. einreichen.

Moß-Wein- und Spirit-Fässer

Sehr schöne, ungearbeitete von 20—200 Liter rund hat zu verkaufen 97
Chr. Zeiler, Rüfer,
Halterbach.

Nagold. Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag, den 9. Juli 1921
in das Gasthaus „Schwan“ in Nagold freundlichst einzuladen.

Heinrich Hähler & Katharine Deuble

Wegger Tochter des
Sohn des Fritz Hähler Gottlieb Deuble
Weggermeister Strohmwart.

Abschgang 12 Uhr.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen. 17

Ziehharmonikas u. Accordeons, 1-, 2- u. 3reih.

vom einfachsten bis vollkommensten Instrument verschiedener Fabrikate, habe ich zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf ausgestellt.

Beachten Sie bitte mein Schaufenster.

Mundharmonikas, Mandolinen, Gitarren, Okarinas

ebenfalls billigst.

Lorenz Luz jr., Altensteig

Telef. 48.

Höchste Bekömmlichkeit Angenehmer Geschmack Völlige Naturreinheit

zeichnen den

Göppinger Sauerbrunnen

als Mineralwasser und Erfrischungsgetränk in ganz besonderem Maße aus. Als Kurwasser vom Arzt sehr geschätzt und empfohlen bei

Heberhaften Erkrankungen, Nieren- und Blasenleiden, Magen- u. Darmstörungen und Katarrhen aller Art. 104

Niederlage für Nagold und Umgebung:
Gebr. Benz, Drogerie, Nagold
Tel. 122.

Ein jüngerer Glafer

tanu sofort eintritten
zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 85

Ein gutes haltbares Fahr-Rad

mit neuer Gummiereifung hat zu verkaufen
Fr. Reug beim „Bomm“
Emmingen. 94.

Mr. 156
Weiter fom
in Frage, um
nächstens nach
Abgabe zu ver
die großen Jun
brauch sein un
man auf der s
ein Mehr von
Schönung des
führung der S
Freizeitmachern
heißt darüber
dengere. No
gelosen Steuere
ve, wenn es ge
Voraussetzung
Gruppe der Fi
Stabilisierung
gegeben. Jun
Hafen vom b
wenn die San
fische Frage in
sonstigen Preis
Bei der sol.en
und recht w
Teinborn (St
deshalb eine
Geistlich (DR
Zustände d
sch unverschäm
lem berou de
er für unaufr
den Vorredner
banken habe
für ausführba
sen, an der
strige dazu b
der Verly Op
sch schon jup
nicht auszufü
genen müssen
werde. Die I
sire schone k
(NSP) bemä
der drehen S
um 32 Mill
daß die einig
Arbeitskraft
müßten. M
projekte Ver
Wg. Leich (S
des Verlyes.
die Generalb
nähmt. N
Berlogen.

